



Niederschrift

Nr. der Sitzung JHA/18/003
Gremium Jugendhilfeausschuss
Datum 08.07.2026

Sitzungsdauer:
Öffentliche Sitzung

Uhr - Uhr

Sitzungsort: Markt 2, Rathaus - Ratssaal E.260, 41460 Neuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

- 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Einwohner*innenfragestunde

Beschlussempfehlungen an den Rat

- 4 Bedarfsplan Kindertagesbetreuung 26/27 ff
- 5 Betrieb Spielmobil und Sachstand Kinderschutzbund Neuss

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

Anträge

- 6 Antrag der SPD-Fraktion betr.:
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Weiterentwicklung der Neusser Innenstadt
- 7 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2026 betr.:
Dynamisierung der Geldleistungen in der Kindertagespflege

Anfragen

- 8 Anfrage von Herrn Stv. Kaumanns vom 17.06.2026 betr.:
Information des Jugendhilfeausschusses über angekündigte Kita-Schließungen und Veränderungen in der Trägerlandschaft

Mitteilungen der Verwaltung

- 9 Vorstellung der Ergebnisse der Elternbefragung
- 10 Ferienzeiten besser koordinieren – Betreuungslücken für Familien vermeiden
- 11 Netzwerke nach § 9 Landeskinderschutzgesetz - Sachstandsbericht
- 12 Maßnahme der Familienbildung - Unsere erste Gruppe

- 13 Sachbericht Streetwork
- 14 Ergebnisse Jugendbefragung 2021 sowie Informationen zum Jugendparlament in Kaarst
- 15 Vorstellung Care-Leaving
- 16 Jahresbericht Familien- und Erziehungsberatung der Stadt Neuss
- 17 Jahresbericht Einrichtung "Sprung"
- 18 Jahresbericht Adoptionsvermittlung der Stadt Neuss
- 19 Jahresbericht Drogenhilfe
- 20 Spielraumleitplanung
- 21 Kinderschutzentwicklungsplan
- 22 Umfirmierung Kolpingbildungswerk
- 23 Beschlusscontrolling
- 24 Einwohner*innenfragestunde

Anwesend:

CDU

Kaumanns, Thomas	Stadtverordneter
Köster, Jessica	Stadtverordnete
Mertens-Marl, Monika	Stadtverordnete

SPD

Baude, Nadine	Stadtverordnete
Bostan, Benjamin	sachkundiger Bürger
Hamdaoui, Rachid	sachkundiger Bürger
Kiechle, Verena	Stadtverordnete

AfD

Schmitz, Dennis	Stadtverordneter
-----------------	------------------

Bündnis 90/Die Grünen

Benary, Susanne	Stadtverordnete
-----------------	-----------------

DIE LINKE

Franzen, Jakob	beratendes Mitglied
Romas, Anastasia	beratendes Mitglied

FDP - UWG Fraktion

Seidel, Henri	sachkundiger Bürger
---------------	---------------------

TIERSCHUTZ/AKTIV/Neuss JETZT!

Schwarz, Thomas	Stadtverordneter
-----------------	------------------

Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen e.V.

Damm, David	beratendes Mitglied
-------------	---------------------

Stadtsportverband

Sonnenberg, Birgit	beratendes Mitglied
--------------------	---------------------

Verwaltung

Ernst, Carolin	Schriftführung
Hübner, Markus	Leitung Jugendamt
Kaup, Ann-Christin	stellv. Leitung Jugendamt
Platen, Ursula	Beigeordnete
Schoofs, Natalie	Schriftführerin

AWO OV Neuss e. V.

Servos, Gertrud	stellv. stimmberechtigtes Mitglied
-----------------	------------------------------------

Caritasverband

Benning, Philip	stellv. beratendes Mitglied
König, Christiane	stimmberechtigtes Mitglied

Der Kinderschutzbund, Ortsverband Neuss e.V.

Mandt, Michaela
Stüsgen, Jutta

stellv. beratendes Mitglied
beratendes Mitglied

DRK-Kreisverband Neuss e.V.

Hengst, Solveig
Kasper, Frank

beratendes Mitglied
stellv. beratendes Mitglied

Evangelische Jugend

Hermann, Christina
Landwehrmann, Moritz

stellv. beratendes Mitglied
beratendes Mitglied

Ev. Jugendhilfe Neuss-Süd gGmbH

Scheeben, Julia
Wleczyk, Tatjana

beratendes Mitglied
stellv. beratendes Mitglied

Ev. Jugend- und Familienhilfe gGmbH

Wiecha, Detlef

beratendes Mitglied

IG Kindertagespflege

Gerlach, Michaela
Röser, Janine

beratendes Mitglied
stellv. beratendes Mitglied

Jugendamtselfternbeirat

von Franken, Gordon

beratendes Mitglied

Jugendring Neuss

Dreyer, Ingrid

beratendes Mitglied

Kath. Jugendagentur Düsseldorf gGmbH

Elsäßer, Niels

stimmberechtigtes Mitglied

Kath. Arbeitsgemeinschaft für Weiterbildung Neuss e.V.

Schaffeld, Julia

beratendes Mitglied

Johanniter Unfallhilfe e.V.

Nießen, Isabelle

stimmberechtigtes Mitglied

Katholische Kirche

Isop-Sander, Thomas

beratendes Mitglied

KiTa Kaarster Straße e.V.

Lagai, Natalia

beratendes Mitglied

KiTa 88 e.V (Kindertagesstätte Weberstraße e.V.)

Klauka, Nicole

beratendes Mitglied

Kolping Bildungswerk

Cremer, Nora
Molnár, Judith

beratendes Mitglied
stellv. beratendes Mitglied

Gäste

Niederschrift

Öffentlicher Teil

Formalien, Wahlen usw.

Frau Beigeordnete Platen möchte aus einem besonderen nicht so schönen Anlass noch etwas sagen. Sie erklärt, dass es einen traurigen Anlass gegeben habe, bei dem es am 19. Juni in einer Mutter-Kind Einrichtung in Stade, Niedersachsen, zu einem gezielten Schussvorfall gekommen sei, bei dem sechs Menschen getötet und mehrere teilweise schwer verletzt wurden. Die Tat habe sich in einer Einrichtung der Jugendhilfe ereignet, in der Mütter mit ihren Kindern untergebracht seien. Die Polizei habe unter anderem einen 45-jährigen Mann festgenommen, als mögliches Motiv werde ein Sorgerechtsstreit vermutet. Der 45-jährige war offenbar mit einer Mutter in der Einrichtung verbunden, die das Sorgerecht für ihr Kind hatte. Die Ermittler gehen von einem gezielten Angriff aus, bei dem der Täter gezielt Personen in der Einrichtung aufgesucht hat.

Der Schock bei den Mitarbeitenden und der Verwaltungsspitze in Neuss sei wirklich groß gewesen, denn es hätten genauso Neusser Mitarbeitende in einer Jugendhilfeeinrichtung sein können.

Frau Platen bittet den Opfer in einer Gedenkminute zu gedenken.

TOP 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit

TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss

1. Die TOPs 9, 20 und 21 werden vorgezogen.
2. Der TOP 5 wird von der Verwaltung zurückgezogen.
3. Nachfolgende Mitglieder werden verpflichtet:
Frau Serena Becker, Herr Robin Bender, Frau Nora Cremer, Herr David Damm, Frau Michaela Gerlach, Frau Solveig Hengst, Frau Christina Hermann, Frau Kerstin Horster, Herr Frank Kasper, Frau Nicole Klauka, Herr Kurt Koenemann, Herr Daniel Krieger, **Frau Natalia Lagai**, Herr Moritz Landwehrmann, **Frau Nadine Lehnert**, Frau Michaela Mandt, Frau Judith Molnar, Frau Janine Röser, Frau Julia Schaffeld, Frau Julia Scheeben, Frau Birgit Sonnenberg, Frau Jutta Stüsgen, Herr Georg, Votava, Herr Detlef Wiecha, Frau Tatjana Wleczyk
4. Folgenden Personen wird das Rederecht erteilt:
 - Herrn Schmale von Architekten Schmale (TOP 4)

- Frau Feist Ortmann vom Institut für Kinder und Jugendhilfe (TOP 9)
 - Frau Prof. Rudolph-Cleff und Herrn Helms von der technischen Universität Darmstadt (TOP 20)
5. Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Diskussion

Herr Kaumanns möchte wissen, ob die Verwaltung im Sinne der drei vorliegenden Änderungsanträge zu TOP 5 „Betrieb Spielmobil und Sachstand Kinderschutzbund“ im Haupt-, Sicherheits- und Gleichstellungsausschuss (HaSiG) am 08.09.2026 berichten werde.

Wenn die Verwaltung zustimme, dann wäre er einverstanden. Wenn dies nicht der Fall wäre, dann würde man einen Dringlichkeitsantrag stellen.

Die Verwaltung sagt einen Bericht im HaSiG am 08.09.2026 zu.

Frau Benary bittet darum, auch die Sportvereine hinsichtlich des Spielmobils anzufragen.

TOP 3 Einwohner*innenfragestunde

Diskussion

Auf die Nachfragen der Einwohnerin Frau Cunrady empfiehlt Frau Platen die konkreten Fragen direkt an den Träger, also den Kinderschutzbund, zu stellen. Die Dinge, die das Spielmobil betreffen, werden selbstverständlich in die Betrachtung der Verwaltung einbezogen. Die Informationen dazu werde es im HaSiG am 08.09.2026 geben.

Beschlussempfehlungen an den Rat

TOP 4 Bedarfsplan Kindertagesbetreuung 26/27 ff

Beschluss

Dem Bedarfsplan Kindertagesbetreuung 2026/27ff. wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die dargestellten Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfeplanung umzusetzen, kontinuierlich anzupassen und weiterzuentwickeln. Hierzu zählen insbesondere der perspektivische Platzabbau und/oder die Umstrukturierung von Betreuungsangeboten im engen Austausch mit den Trägern.

Im Rahmen der Entwicklung neuer Baugebiete erfolgt eine Anpassung des Neubauschlüssels von bislang einer Kitagruppe je 50 Wohneinheiten auf künftig eine Kitagruppe je 70 Wohneinheiten sowie die Prüfung und mögliche Anpassung der Zielquoten im U3- und Ü3-Bereich.

Die notwendigen Mittel (Mieten) für einen Kita-Neubau sind soweit möglich bis zum Offenlagebeschluss des Bebauungsplanes zu etatisieren und über den städtebaulichen Vertrag zu binden (spätestens bis zum Satzungsbeschluss).

Im Hinblick auf eine langfristige Entwicklung (zyklische Schwankungen im Kitausbau der letzten Jahrzehnte) wird die Verwaltung beauftragt, im Kontext der Entwicklung von Wohnbau-landflächen auf städtischen Grundstücken angemessene Reserven vorzuhalten.

Die beantragten plusKITA Mittel für die Kaarster Str. 14 werden auf die anderen 32 Kontingente im Jugendamtsbezirk der Stadt Neuss verteilt.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die vorgelegte Beschlussempfehlung wurde auf Vorschlag der Verwaltung um den letzten Satz ergänzt.

Diskussion

Frau Kaup erklärt den Vorschlag der Verwaltung bzgl. der Ergänzung des Beschlusses.

Herr Kaumanns erklärt, dass Deutschland gerade einen Rückgang der Geburtenzahlen erlebe, was nicht nur Neuss betreffe. Der Bedarf an Kitas sinke, und es sei nachvollziehbar, dass Anpassungen nötig seien. Doch er mache sich Sorgen, da es keine gesicherten Fakten über die Zukunft der Geburtenrate gebe. Sie könnte weiter sinken oder auch steigen. Viele junge Menschen wünschen sich zwar Kinder, aber nicht in der aktuellen Zeit, die von Unsicherheit geprägt sei. Falls die Zahlen plötzlich wieder steigen, könnte uns eine Kinderschwemme bevorstehen, für die wir nicht genug Kitaplätze haben.

Frau Platen sagt, dass man nicht in die Glaskugel schauen könne und daher Prognosen ernst nehmen müsse, um auch die finanzielle Situation für die Träger und auch die Stadt im Blick zu halten. Nichtsdestotrotz gebe es den Ratsbeschluss um Provisorien abzubauen. Da sei man inzwischen

bei. Gleichzeitig werden aber auch - zur Absicherung von Prognoseunsicherheiten - Vorbehaltsflächen definiert, um flexibel auf Entwicklungen reagieren zu können.

TOP 5 Betrieb Spielmobil und Sachstand Kinderschutzbund Neuss

Beschluss

Der Betrieb des Spielmobils wird dauerhaft eingestellt; das bisherige Angebot wird zukünftig durch die im Sozialraum existierenden Bestandseinrichtungen kompensiert.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig zugestimmt

Anmerkung zur Beschlussfassung

Die Verwaltung zieht den Antrag zurück und sagt zu, im HaSiG am 08.09.2026 zu berichten.

Beschlüsse des Ausschusses gem. § 41 Abs. 2 GO NRW

Anträge

TOP 6 Antrag der SPD-Fraktion betr.: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Weiterentwicklung der Neusser Innenstadt

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Kinder und Jugendliche (beispielsweise von den weiterführenden Schulen) im Rahmen eines Workshops und weiterer aus Sicht der Verwaltung geeigneter Maßnahmen (beispielsweise im Rahmen von digitalen Beteiligungsmöglichkeiten) an den aktuell laufenden Überlegungen zur Zukunft der Neusser Innenstadt zu beteiligen.
2. Die Ergebnisse sollen dem Haupt-, Sicherheits- und Gleichstellungsausschusses oder dem Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung und Innenstadtstärkung vorgelegt werden und in die laufenden Planungen zur Zukunft der Neusser Innenstadt einfließen.

Abstimmungsergebnis

Beraten ohne Abstimmung

Diskussion

Frau Baude erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Benary erklärt den konkretisierten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE Grünen.

Herr Kaumanns teilt mit, dass bereits viele Beschlüsse zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in diesem Bereich gebe, und alle seien optimistisch, dass ihre Umsetzung nun bevorsteht. Es findet es auch erfreulich, dass dafür endlich Personal zur Verfügung stehe. Ihm reicht es aus die Zusage zu erhalten, dass Kinder auch beim Thema Innenstadt beteiligt werden. Daher sehe er keine Notwendigkeit darüber abzustimmen. Allerdings möchte er dem Änderungsantrag der Grünen nicht zustimmen, da seiner Auffassung nach dieser im Widerspruch zur echten Partizipation stehe, denn er lege bereits bestimmte Themen fest. Daher werde er diesen Änderungsantrag definitiv ablehnen, falls darüber abgestimmt werden würde.

Frau Platen sagt, dass man sich bereits im Vorfeld intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Mit Herrn Grotmann habe man nun auch eine Stelle im Jugendamt. Die Verwaltung habe seinerzeit zugesagt, regelmäßig im Jugendhilfeausschuss über die Fortschritte zu berichten. Beim nächsten Jugendhilfeausschuss werde es wieder ein Update geben, was bisher erreicht wurde.

Die eingehenden Vorschläge von der SPD und den Grünen nehme die Verwaltung als konstruktive Anregungen auf. Es bleibe eine Herausforderung alle Beteiligten zu informieren, aber man sei offen für neue Ideen, die von den Jugendlichen selbst kommen könnten. Regelmäßige Berichterstattungen über die Jugendpartizipation durch die Verwaltung könnten eine praktikable Lösung sein.

Frau Baude hätte sich gewünscht, dass im Vorfeld zur Sitzung schon einige Informationen z.B. per Email verschickt worden wären.

Frau Kiechle erklärt, dass es schon viele Planungen für die Innenstadt gebe. Man möchte, dass die Kinder und Jugendlichen auch in die Planungen gehört und berücksichtigt werden.

Frau Platen schlägt vor, die Stellungnahme der Verwaltung als Anlage zu Protokoll zu geben. Dieser könne entnommen werden, was bisher schon alles passiert sei. Am Konvent sei man z.B. in der Vorbereitung und Planung, die Kinder und Jugendlichen einzubinden. Zusätzlich werde die Verwaltung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.11.2026 berichten. Sollten dann immer noch offene Punkte vorhanden sein, so könne man diese in einem Beschluss aufgreifen.

Frau Baude und Frau Benary sind einverstanden, dass über den Antrag nicht abgestimmt werden müsse, sofern die Stellungnahme dem Protokoll beigelegt und die Verwaltung in der nächsten Sitzung berichten werde.

**TOP 7 Antrag der SPD-Fraktion vom 18.05.2026 betr.:
Dynamisierung der Geldleistungen in der Kindertagespflege**

Beschluss

1. Die Stadt Neuss unterstützt die wichtige Arbeit der Kindertagespflegepersonen auch in finanziell angespannten Zeiten und folgt der vom Land NRW beschlossenen negativen Dynamisierung der Geldleistungen für das Kitajahr 2026/2027 in Höhe von -0,14 % nicht.
2. Für die Kindertagespflegepersonen in der Stadt Neuss werden die derzeitigen Geldleistungen zur Unterstützung ihrer wichtigen Arbeit unverändert fortgeführt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen haushaltsrechtlichen und verwaltungstechnischen Schritte umzusetzen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine andere Indexierung sachgerechter ist als die Kibizpauschalen. Ein Bericht erfolgt im nächsten Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis

Mehrheitlich zugestimmt (11 JA, 2 NEIN)

Anmerkung zur Beschlussfassung

Auf Vorschlag von Herrn Kaumanns wird der Beschluss um die Nr. 4 ergänzt.

Auf Vorschlag von Frau Kiechle werden die Worte „in der Kindertagespflege“ bei Nr. 1 gestrichen.

Diskussion

Frau Baude begründet den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau Platen erklärt, dass die -0,14% einen Betrag von ca. 1,60 € pro Monat ausmachen. Der Verwaltungsaufwand stehe hier nicht im Verhältnis zum gewünschten Ergebnis.

Frau Baude gibt zu bedenken, dass es vielmehr um die Wertschätzung der Personen gehe, die die Kinder betreuen, auch wenn der Betrag pro Monat nicht viel sei.

Auch Frau Gerlach als Vorsitzende der Interessengemeinschaft Kindertagespflege spricht sich dafür aus, den Kindertagespflegepersonen den Rücken zu stärken und die Arbeit wertzuschätzen.

Frau Benary findet, dass diese Thematik deutlich macht, dass die Dynamisierung auf den demographischen Wandel zurückzuführen sei. Langfristig könne dies schwierig werden. Ggfs. sei die Koppelung an das Kibiz ein Fehler gewesen.

Herr Kaumanns teilt mit, dass man sich vor vielen Jahren dazu entschlossen habe, die Kibiz-Dynamisierung auf Neuss zu übertragen. Ob das gut gewesen sei oder nicht, sei dahingestellt. Man müsse dies nochmals überdenken und die Thematik in einer weiteren Sitzung nochmals aufgreifen. Da das Geld im Haushalt eingeplant war, findet es, dass man das Geld trotzdem auszahlen sollte.

Herr Kaumanns möchte darauf hinweisen, dass es im Antrag zu einer sachlich fehlerhaften Darstellung gekommen sei. Im Antrag wurde fälschlicherweise behauptet, dass die vom Land NRW beschlossene negative Anpassung der Geldleistungen auch für die Tagespflege gelte. Tatsächlich habe das Land diese Anpassung nicht auf die Tagespflege angewendet, sondern nur für das Kibiz-System und die dafür geltenden Kindpauschalen. Vor vielen Jahren hatte der Jugendhilfeausschuss eigenständig und freiwillig entschieden, dass diese Regelung auch für die Stadt Neuss gelten solle.

Frau Kaup ergänzt, dass die Aussetzung der Dynamisierung bedeute, dass eine derzeit gültige Regelung in Form einer Satzung nicht aktiv sei. Wenn die Verwaltung eine Änderung umsetzen möchte, benötige sie grundsätzlich einen Beschluss, der auch dem Rat vorgelegt werden müsse, damit die Verwaltung transparent und korrekt haushaltstechnisch arbeiten könne. Sollten wir im kommenden Kindergartenjahr nicht erneut auf die Kibiz-Dynamisierung zurückgreifen wollen, bedarf es einer anderen politischen Entscheidung.

Frau Kiechle schlägt vor, unter Position 1 die Worte „in der Kindertagespflege“ zu streichen.

Herr Kaumanns bittet die Verwaltung einmal zu prüfen, ob eine andere Indexierung sachgerechter sei als die Kibizpauschalen und im Herbst zu berichten.

Anfragen

- TOP 8 Anfrage von Herrn Stv. Kaumanns vom 17.06.2026 betr.:
Information des Jugendhilfeausschusses über angekündigte Kita-Schließungen
und Veränderungen in der Trägerlandschaft**

Die Antwort der Verwaltung lag als Tischvorlage aus. Der Anfragensteller hatte keine weitere Nachfrage.

Mitteilungen der Verwaltung

- TOP 9 Vorstellung der Ergebnisse der Elternbefragung**

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Frau Große erklärt, dass man im November die angekündigte Elternbefragung über vier Wochen durchgeführt habe, um abzugleichen und zu schauen, inwieweit das Kindertagesbetreuungsangebot auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Eltern passt. Für die Durchführung der Befragung sei das IKJ beauftragt worden. In Vertretung für Frau Schild, die für das ganze Projekt verantwortlich war und heute leider erkrankt sei, werde Frau Feist-Ortmanns die Ergebnisse dieser Elternbefragung präsentieren.

Die Präsentation des IKJ ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Kaumanns bedankt sich für den Vortrag und hat eine spezifische Frage. Er stellt fest, dass durch die Befragung verschiedene Schwerpunkte herausgearbeitet worden seien. Zum einen das Thema flexible Öffnungszeiten, wobei es nicht um die 45 oder 50 Stunden, sondern manchmal einfach nur um 10 Minuten, die Stress auslösen können. Ein weiterer Punkt, der heraussticht, sei die Diskrepanz zwischen Wohnort und Kita-Standort sowie die Nähe zur Kita, so dass oft 10 oder 20 Minuten tatsächlich das Problem bei den Öffnungszeiten verursachen könnten.

Frau Feist-Ortmanns sagt, dass bei der Befragung darauf keine klare Antwort gefunden werden konnte, da dies nicht ausreichend thematisiert worden sei. Es sei offensichtlich, dass der Standort des Kindes eine Rolle spiele, und wenn die Öffnungszeiten nicht passend seien, so müssen die Eltern andernorts nach Betreuungsmöglichkeiten suchen. Dazu komme, dass zusätzliche Fahrtwege das Zeitkontingent auch weiter belasten.

Frau Benary dankt für den informativen Vortrag und die spannenden Fragen. Sie merkt an, dass ein großer Bedarf bei den Eltern bestehe. Viele geben an, mehr Betreuungszeit zu benötigen als die Vollzeitbetreuung abdecken könne. Der Wunsch nach einer 45 Stunden Betreuung werde häufig geäußert.

Frau Feist-Ortmanns hält die Stichprobe für zu klein, um wesentliche Änderungen oder einen Wandel bei den Elternwünschen festzustellen. Aus den Zahlen lasse sich dies nicht eindeutig ableiten und sollte weiterhin beobachtet werden.

Frau Stüsgen berichtet als Arbeitgeberin, dass sie ein Büro in der Neusser Innenstadt mit Öffnungszeiten von 8:00 bis 17:00 Uhr leite. Drei ihrer Mitarbeiter haben Kinder im Kindergarten. Sie überlege nun, die Bürozeiten auf 9:00 bis 16:00 Uhr zu verkürzen, da die Mitarbeiter aufgrund der Öffnungszeiten der Kita ihre Kinder später in die Betreuung bringen und früher abholen müssen. Ein 40-Stunden-Job und eine entsprechende 41-Stunden-Betreuung seiner unter diesen Bedingungen nicht realisierbar, weshalb sie davon ausgeht, dass die Nachfrage nach längeren Betreuungsstunden steigen werde.

Frau Platen erklärt, dass diese Herausforderungen schon lange bestehen. Die Verwaltung werde die gewonnenen Erkenntnisse aufgreifen und die Träger sensibilisieren. Es bestehe auch die Möglichkeit, die U3-Betreuung näher zu betrachten, da viele dieser Kinder in der Einrichtung bleiben und die Wünsche der Eltern weiter erkundet werden können. Die Herausforderung liege darin, herauszufinden, ob der Bedarf pädagogischer Natur oder durch Nähe zur Kita oder dem Arbeitsplatz beeinflusst sei. Daher ist es wichtig, lokal diverse Angebote bereitzustellen – besonders für diese Alters-

gruppe. Zudem gebe es bereits Anzeichen für einen Rückgang der Kinderzahlen, was die Entwicklung neuer Lösungen erfordere.

Frau Große präsentiert Ergänzungen zu den Ergebnissen des Instituts. Der Schwerpunkt liegt darauf, wie die Verwaltung mit diesen Ergebnissen umgehe und welche Empfehlungen aus der Befragung weiterverfolgt werden. Die Präsentation ist ebenfalls als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Herr Kaumanns betont, wie wichtig es sei, Flexibilität zu fördern. Man habe bereits oft darüber gesprochen und Anträge gestellt. Es gibt Fördermittel vom Land, doch diese werden oft nicht genutzt. Flexibilität sei ein großes Thema, das auch andere Probleme lösen könne. Eine flexible Kita am Wohnort erhöhe die Zufriedenheit, da Eltern nicht weit fahren müssen. Das spare Kapazitäten und Kosten, da nicht immer der teure 45-Stunden-Platz gewählt werden müsse. Mit einer flexiblen Lösung könnte man mehrere Probleme gleichzeitig angehen. Die zurückgehende Kinderzahl erlaube es uns, Ressourcen gezielt für mehr Flexibilität einzusetzen.

Frau Baude dankt für all die umfassenden Informationen, mit denen man effektiv arbeiten könne. Es freut sie zu hören, dass die Verwaltung regelmäßigen Kontakt mit den Trägern pflege. Sie möchte betonen, dass es nicht nur darum gehe, einen Bedarf zu erkennen, sondern auch zu prüfen, ob dieser umsetzbar sei. Wir sollten keine Anforderungen schaffen, die sich letztlich nicht realisieren lassen. Viele Träger arbeiten bereits hart daran, zumindest innerhalb der üblichen Öffnungszeiten bedarfsgerecht zu agieren, denn der Fachkräftemangel sei allen bekannt. Sie warne davor, Erwartungen zu schüren, die vielleicht nicht erfüllt werden können.

Frau Baude weist auf Pilotprojekte der Stadt Neuss hin. Sie habe die Verwaltung so erlebt, dass sie sehr sorgfältig vorgehe und in engem Austausch mit den Trägern stehe. Die Verwaltung habe das Pilotprojekt initiiert und berücksichtige den Fachkräftemangel bereits in ihrer Planung. Die Träger werden sicherlich offen darüber informieren, was machbar ist und was nicht.

Frau Benary schlägt vor, ggfs. eine zusätzliche Sitzung im September oder Oktober abzuhalten, in der diese Thematik und z.B. auch die Spielraumleitplanung nochmals aufgegriffen werden könne, um nicht die Haushaltsberatungen in der Novembersitzung zu überlasten.

TOP 10 Ferienzeiten besser koordinieren – Betreuungslücken für Familien vermeiden

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendamtes vor.

Diskussion

Herr Kaumanns bedankt sich für den Bericht. Ihm ist noch nicht klar geworden, wo es konkrete Verbesserungen für die Familien gebe bzw. wo es genau sichtbar werde.

Frau Große erklärt, dass individuelle Bedürfnisse ins System stoßen. Man habe gute Kooperationen mit der OGS und weiteren Ferienbetreuungen und entwickle hier die Angebote immer weiter. Die Eltern haben zudem auch immer die Möglichkeit sich an das Jugendamt zu wenden und sich beraten zu lassen, ob es noch entsprechende Betreuungsmöglichkeiten gebe.

TOP 11 Netzwerke nach § 9 Landeskinderschutzgesetz - Sachstandsbericht

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Herr Hübner teilt mit, dass ein sehr ausführlicher Bericht über die Arbeit des Netzwerkes nach dem Landeskinderschutzgesetz vorliegt. Dieses ist 2022 in Kraft getreten. Im Rhein-Kreis Neuss ist eine Vereinbarung zwischen den Jugendämtern getroffen worden, dass Netzwerk gemeinsam zu gestalten. Die Zusammenarbeit aller Akteure und Netzwerkkoordinatoren im Rhein-Kreis Neuss sei sehr gut gelungen und werde auch weiterhin ausgebaut.

Frau Benary dankt der Verwaltung, dass diese sich der zeitintensiven Aufgabe gestellt habe. Sie möchte ergänzend zu dem tollen Bericht und mit Hinblick auf die Haushaltsberatungen zum Thema Familienhebammen wissen, wie viele Stellen man beim Jugendamt habe, ob diese Stellen gesichert seien und was ggfs. ein Ausbau dieser Stellen bringen würde. Es sei klar, dass überall Hebammen fehlen und die Bedeutung und die Wichtigkeit der Familienhebammen sei in dem vorliegenden Bericht auch deutlich geworden. Sie bittet die Verwaltung zu den Haushaltsberatungen dazu Stellung beziehen.

Herr Kaumanns sagt, dass der Kinderschutz ein Dauerthema sei und immer weiterverfolgt werden müsse. Er dankt der Verwaltung für die Vorlage und bittet darum, das Thema in der nächsten Sitzung nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen und eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte aufzubereiten.

TOP 12 Maßnahme der Familienbildung - Unsere erste Gruppe

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

TOP 13 Sachbericht Streetwork

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Frau Baude stellt fest, dass es laut vorgelegtem Bericht im Jahr 2025 880 weniger Kontakte gegeben habe als im Jahr 2024. Dies wird darauf zurückgeführt, dass zwei Streetworker in Elternzeit gegangen seien. Sie möchte wissen, ob den Jugendlichen dann Ersatzmöglichkeiten aufgezeigt worden seien.

Herr Bauer, Mitarbeiter bei Streetlife (Diakonie im Rhein-Kreis Neuss) erklärt, dass die Klienten/innen seien darauf vorbereitet worden und ggfs. auch an andere Institutionen weitervermittelt worden, sofern es durch das Team nicht aufgefangen werden konnte.

Frau Benary möchte die konkrete Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure dargestellt haben. Ihr fällt zudem auf, dass in vielen Bereichen immer der fehlende Wohnraum thematisiert werde. Hier wäre die Überlegung wie man mehr Wohnraum für die Jugendlichen schaffen könnte.

Frau Kaup sagt, dass es auffalle, dass das Thema der Wohnraumbeschaffung immer schwieriger werde. Die Verwaltung konzentriere die Gespräche zunehmend auf den Sozialausschuss, um dort zielgerichtet zu besprechen. Vertreter des Jugendamts, verschiedene Institutionen und Streetworker stehen in stetigem Austausch mit dem Neusser Bauverein. In der Regel finde man dabei sehr gute Lösungen, wie auch die Möglichkeit, bei bestimmten Wohnungen eine Priorität zu erhalten. Dennoch entspreche die Anzahl der verfügbaren Wohnungen oft nicht dem Bedarf, vor allem an bezahlbarem Wohnraum. Das sei besonders wichtig für den Erfolg von Jugendhilfemaßnahmen und sozialer Arbeit mit jungen Menschen.

Die zweite Frage betreffe die Kooperation und Vernetzung von Streetworkern, der Jugend- und Drogenhilfe sowie deren Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Ordnungsamt. Arbeitskreise haben gut veranschaulicht, wie sie ihre Beratungsangebote evaluieren und Maßnahmen gestalten, um angemessen auf Situationen zu reagieren. Zwar gebe es Austausch mit der Polizei und dem Gesundheitsamt, aber es werde auch konzeptionell daran gearbeitet. Dennoch bleibe die Frage offen, wie effektiv diese Kooperationen in bestimmten Themenbereichen tatsächlich sind.

Frau Kaup teilt ergänzend mit, dass man im Kooperationsgremium involviert sei, wo im Grunde die klassische Beratung durch mobile Streetworker für hilfesuchende Menschen stattfinde. Die Organisation Streetlife sei ebenfalls dort vertreten. Beide Bereiche der Streetworker-Arbeit seien hervorragend miteinander vernetzt, auch wenn sie unterschiedliche Zielgruppen haben.

In ihrer Wahrnehmung seien sowohl in den Stadtteilkonferenzen als auch im Kooperationsgremium Vertreter des Ordnungsamtes und der Polizei aktiv. Das Netzwerk umfasse verschiedene Bereiche wie das Gesundheitsamt und Notfallärzte und zeichne sich durch seine gut strukturierte und engagierte Arbeitsweise aus. Gerade im Einzelfall werde versucht, den Menschen gezielt zur passenden Unterstützung zu führen. Insbesondere Menschen am Rande der Gesellschaft, die schlechte Erfahrungen mit dem Hilfesystem gemacht haben, benötigen Zeit, um Vertrauen zu erneuern. Sollten zusätzliche politische Unterstützung oder andere Hilfen benötigt werden, lasse sich darüber sprechen. Auf Praxisebene funktioniere alles bereits sehr gut.

TOP 14 Ergebnisse Jugendbefragung 2021 sowie Informationen zum Jugendparlament in Kaarst

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

TOP 15 Vorstellung Care-Leaving

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Herr Kaumanns hat die Fachstelle „Care Leaving“ zum ersten Mal gehört und ihn interessiert, wie das organisatorisch aufgestellt sei, also ob das im Amt oder der Abteilung integriert sei und wieviel Personal dahinterstehe und wo genau es herkomme.

Herr Barkey erklärt, dass es sich um ein Spezialangebot handele, was in der Abteilung 5 des Jugendamtes angeboten werde (Eingliederungshilfe und Hilfe für Geflüchtete). Man halte dazu eine Vollzeitstelle vor, die von zwei Menschen übernommen wurde. Wichtig ist, die Schnittstelle zwischen ASD und dem Nachversorgungsangebot zu machen, damit die jungen Menschen nicht alleine dastehen.

Rechtlich verortet ist es im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, was 2021 in Kraft getreten sei.

TOP 16 Jahresbericht Familien- und Erziehungsberatung der Stadt Neuss

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

TOP 17 Jahresbericht Einrichtung "Sprung"

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Frau Baude dankt der Einrichtung Sprung für das tolle Fallbeispiel in der Vorlage.

TOP 18 Jahresbericht Adoptionsvermittlung der Stadt Neuss

Beschluss

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Frau Benary dankt den Mitarbeitenden aus der Adoptionsvermittlung für ihre engagierte Arbeit und der Verwaltung für den Bericht.

TOP 19 Jahresbericht Drogenhilfe

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Frau Kaup teilt mit, dass man sich freue, heute die Rahmenkonzeption für die Spielraumleitplanung vorlegen zu können, wofür ein längerer Prozess erforderlich gewesen sei.

In 2018 habe die Verwaltung von der Politik den Auftrag erhalten, nachdem man bei den Beschlüssen zum Spielplatzprogramm festgestellt hatte, dass ein übergeordneter Blick auf das Thema notwendig sei. Leider war es sehr schwierig, ein Institut zu finden, das diese komplexe Aufgabe in Sinne der Verwaltung & Politik umsetzen konnte. Umso mehr habe man sich gefreut, die TU Darmstadt mit Frau Rudolph-Cleff und ihrem Team für dieses Projekt gewinnen zu können.

Das Team der TU Darmstadt habe die Aufgabe nicht nur fachlich sehr kompetent umgesetzt, sondern aus Sicht der Verwaltung auch mit viel Herzblut, Engagement und Freude, was in der nachfolgenden Präsentation deutlich werde. Man sei nun auf einem guten Weg, die Fachplanung für Spielräume neu zu denken.

Frau Rudolph-Cleff hält einen ausführlichen Vortrag. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Benary bedankt sich für die gelungene Präsentation und die wertvollen Erkenntnisse, die einen neuen und weiteren Blick auf die Spielplätze geben. Sie möchte die Anregung aufnehmen, dass man sich wirklich mit der Umsetzung beschäftige und auch die Fraktionen beteiligt werden. Durch die neu gewonnenen Perspektiven werde man nun weiter an dem Thema arbeiten, so dass man viele schöne neue Spielplätze oder anders gestaltete Spielplätze in Neuss schaffen könne.

Herr Kaumanns teilt mit, dass in dem Vortrag auch schon viele Gedanken waren, die man im Jugendhilfeausschuss auch schon diskutiert habe. Er sieht den Bericht auch als eine Bestätigung für viele Ideen, die hier schon entstanden seien und nimmt ihn als Appell auch mal Dinge umzusetzen. Der Bericht sei eine Bestärkung mit vielen neuen Argumenten und Ideen, die in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln und auch in die Tat umzusetzen seien.

Gegebenenfalls wäre es schon möglich, das Thema in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufzugreifen und erste Ergebnisse vorzustellen.

Frau Servos ist traurig, dass viele Spielplätze immer noch nicht inklusionstauglich sind. Sie würde sich wünschen, wenn dies nicht aus den Augen verloren werde. Sie schlägt vor eine Prioritätenliste zu erarbeiten – was möchte man kurzfristig und was langfristig umsetzen. Wichtig wäre die Beteiligung von Kindern an der Planung und ein regelmäßiger Bericht im Jugendhilfeausschuss.

Der Architekt Markus Schmale erklärt, dass die LAGA neue Stadträume vernetzt. Er gibt die Empfehlung, diese gewonnenen Erkenntnisse in neue Quartiere mitzunehmen.

Frau Platen erklärt, dass man nunmehr ein Paket erhalten habe, was für die Verwaltung eine große Anregung sei. Wie bereits gesagt, berücksichtige man solche Impulse natürlich bei der Planung neuer Spielplätze. Spielplätze werden heute ganz anders gedacht als früher. Während es früher vielleicht nur kleine Spielplätze mit einfachen Schaukeln und Karussells gab, stehen heute neue Konzepte im Vordergrund, zum Beispiel inklusive Spielplätze, die für alle Kinder zugänglich sind. Sie teilt weiter mit, dass man nicht alle bestehenden Spielplätze auf einmal abreißen und neu bauen könne, da es hier finanzielle Einschränkungen gebe. Aber bei jeder neuen Planung oder Überarbeitung beziehe man die Kinder und Jugendliche mit ein und arbeite oft auch mit Organisationen wie dem Kinderschutzbund zusammen.

Beim Gloria-Park, wo eine Fläche überarbeitet wurde, werde man diese Aspekte ebenfalls berücksichtigen. Um konkret auf die Frage einzugehen: Es ist wichtig, nicht in Schubladen zu denken, sondern neue Wege zu öffnen. Deshalb habe man sich innerhalb der Verwaltung mit verschiedenen Partnern abgestimmt, darunter das Sportamt und die Stadtplanung.

Im September werde das Thema zudem in verschiedenen Ausschüssen behandelt, damit man im Herbst gemeinsam überlegen könne, wie man Spielplätze und Schulhöfe noch besser und ressortübergreifend gestalten könne. Es gebe Schulhöfe, die freigegeben seien, und Spielplätze im schulischen Kontext, die auch in die Planung mit einfließen müssen, um Ressourcen zu bündeln.

Manche Spielplätze, wie der auf der Landesgartenschau, sind außerhalb des üblichen Programms entstanden, weshalb es wichtig sei, solche Themen weiterzudenken und Ressourcen gut in der Stadt einzusetzen. Die Verwaltung werde prüfen, ob das Thema in allen Gremien behandelt werden könne oder ob ein zusätzlicher Workshop nötig sei, um ressortübergreifend alle Aspekte zu diskutieren.

TOP 20 Spielraumleitplanung

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

Frau Kaup teilt mit, dass man sich freue, heute die Rahmenkonzeption für die Spielraumleitplanung vorlegen zu können, wofür ein längerer Prozess erforderlich gewesen sei.

In 2018 habe die Verwaltung von der Politik den Auftrag erhalten, nachdem man bei den Beschlüssen zum Spielplatzprogramm festgestellt hatte, dass ein übergeordneter Blick auf das Thema notwendig sei. Leider war es sehr schwierig, ein Institut zu finden, das diese komplexe Aufgabe in Sinne der Verwaltung & Politik umsetzen konnte. Umso mehr habe man sich gefreut, die TU Darmstadt mit Frau Rudolph-Cleff und ihrem Team für dieses Projekt gewinnen zu können.

Das Team der TU Darmstadt habe die Aufgabe nicht nur fachlich sehr kompetent umgesetzt, sondern aus Sicht der Verwaltung auch mit viel Herzblut, Engagement und Freude, was in der nachfolgenden Präsentation deutlich werde. Man sei nun auf einem guten Weg, die Fachplanung für Spielräume neu zu denken.

Frau Rudolph-Cleff hält einen ausführlichen Vortrag. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Frau Benary bedankt sich für die gelungene Präsentation und die wertvollen Erkenntnisse, die einen neuen und weiteren Blick auf die Spielplätze geben. Sie möchte die Anregung aufnehmen, dass man sich wirklich mit der Umsetzung beschäftige und auch die Fraktionen beteiligt werden. Durch die neu gewonnenen Perspektiven werde man nun weiter an dem Thema arbeiten, so dass man viele schöne neue Spielplätze oder anders gestaltete Spielplätze in Neuss schaffen könne.

Herr Kaumanns teilt mit, dass in dem Vortrag auch schon viele Gedanken waren, die man im Jugendhilfeausschuss auch schon diskutiert habe. Er sieht den Bericht auch als eine Bestätigung für viele Ideen, die hier schon entstanden seien und nimmt ihn als Appell auch mal Dinge umzusetzen. Der Bericht sei eine Bestärkung mit vielen neuen Argumenten und Ideen, die in den nächsten Jahren weiterzuentwickeln und auch in die Tat umzusetzen seien. Gegebenenfalls wäre es schon möglich, das Thema in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses aufzugreifen und erste Ergebnisse vorzustellen.

Frau Servos ist traurig, dass viele Spielplätze immer noch nicht inklusionstauglich sind. Sie würde sich wünschen, wenn dies nicht aus den Augen verloren werde. Sie schlägt vor eine Prioritätenliste zu erarbeiten – was möchte man kurzfristig und was langfristig umsetzen. Wichtig wäre die Beteiligung von Kindern an der Planung und ein regelmäßiger Bericht im Jugendhilfeausschuss.

Der Architekt Markus Schmale erklärt, dass die LAGA neue Stadträume vernetzt. Er gibt die Empfehlung, diese gewonnenen Erkenntnisse in neue Quartiere mitzunehmen.

Frau Platen erklärt, dass man nunmehr ein Paket erhalten habe, was für die Verwaltung eine große Anregung sei. Wie bereits gesagt, berücksichtige man solche Impulse natürlich bei der Planung neuer Spielplätze. Spielplätze werden heute ganz anders gedacht als früher. Während es früher vielleicht nur kleine Spielplätze mit einfachen Schaukeln und Karussells gab, stehen heute neue Konzepte im Vordergrund, zum Beispiel inklusive Spielplätze, die für alle Kinder zugänglich sind. Sie teilt weiter mit, dass man nicht alle bestehenden Spielplätze auf einmal abreißen und neu bauen könne, da es hier finanzielle Einschränkungen gebe. Aber bei jeder neuen Planung oder Überarbeitung beziehe man die Kinder und Jugendliche mit ein und arbeite oft auch mit Organisationen wie dem Kinderschutzbund zusammen.

Beim Gloria-Park, wo eine Fläche überarbeitet wurde, werde man diese Aspekte ebenfalls berücksichtigen.

Frau Kaup geht auf konkret auf die Frage von Herrn Kaumanns ein: Es sei wichtig, nicht in Schubladen zu denken, sondern neue Wege zu öffnen. Deshalb habe man sich innerhalb der Verwaltung mit verschiedenen Partnern abgestimmt, darunter das Sportamt und die Stadtplanung.

Im September werde das Thema zudem in verschiedenen Ausschüssen behandelt, damit man im Herbst gemeinsam überlegen könne, wie man Spielplätze und Schulhöfe noch besser und ressortübergreifend gestalten könne. Es gebe Schulhöfe, die freigegeben seien, und Spielplätze im schulischen Kontext, die auch in die Planung mit einfließen müssen, um Ressourcen zu bündeln.

Manche Spielplätze, wie der auf der Landesgartenschau, seien außerhalb des üblichen Programms entstanden, weshalb es wichtig sei, solche Themen weiterzudenken und Ressourcen gut in der Stadt einzusetzen. Die Verwaltung werde prüfen, ob das Thema in allen Gremien behandelt werden könne oder ob ein zusätzlicher Workshop nötig sei, um ressortübergreifend alle Aspekte zu diskutieren.

Frau Kiechle dankt für den interessanten Vortrag. Es wäre wünschenswert, wenn die Verwaltung zeitnah einen Plan zur Umsetzung habe und im Herbst dazu berichte.

Herr Kaumanns sieht den Vortrag nicht nur als Impuls fürs Kinderspielplatzprogramm. Er verstehe es als Aufruf für eine strategische Spielplatzplanung.

TOP 21 Kinderschutzentwicklungsplan

Beschluss

Abstimmungsergebnis

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

Diskussion

TOP 22 Umfirmierung Kolpingbildungswerk

Die Mitteilung der Verwaltung lag den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses vor.

TOP 23 Beschlusscontrolling

Es lagen keine Themen vor.

TOP 24 Einwohner*innenfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Vorsitz

Ausschussmitglied

Schriftführung
Carolin Ernst